

Gabriela König MdL

Abgeordnete der FDP im Niedersächsischen Landtag
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Gabriela König MdL, Gerberhof 10, 49074 Osnabrück



Kontakt:

FDP-Fraktion im Nds. Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511 – 3030 - 3413
Telefax 0511 – 3030 - 4863
E-Mail: Gabriela.Koenig@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro Osnabrück
Telefon 0541 – 2027644
Telefax 0541 – 2026832
E-Mail: info@gabriela-koenig.de

Entwurf eines Gesetzes über Zuwendungen des Landes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (Niedersächsisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - NdsGVFG)

Rede vom 30. Oktober 2013, 19. Sitzung, Tagesordnungspunkt 7
Erste Beratung

Den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen finden Sie in der Drucksache [17/833](#).

Weitere Redner waren:

Susanne Menge (GRÜNE), Ernst-Ingolf Angermann (CDU), Gerd Ludwig Will (SPD), Karl-Heinz Bley (CDU), Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und Reinhold Hilbers (CDU).

Auszug aus dem Stenografischen Bericht der 17. Wahlperiode

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

[...] Das Wort hat jetzt die Kollegin Gabriela König von der FDP-Fraktion.

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst auf Frau Menge eingehen, die vorhin darüber referiert hat, wie sich Familien verhalten.

Ich bin sicher, dass es in den Städten durchaus die eine oder andere Möglichkeit gibt, alle Fahrten zwischen Arbeitsplatz, Wohnort und Kita mit dem Fahrrad zu bewältigen. Ich kann Ihnen aber von viel mehr Fällen berichten, in denen es nicht geklappt hat, als von Fällen, in denen es geklappt hat. Es gibt Familien - das betrifft insbesondere die Frauen, die Familie und Beruf unter einen Hut bringen -, die innerhalb einer bestimmten Zeit, nämlich zwischen Öffnung und Schließen von Kitas sowie Anfang und Ende der täglichen Arbeitszeit, weitaus mehr als 20 km durch die Gegend fahren müssen. Da können Sie nicht sagen, dass es vielleicht einen Bus oder sogar eine Bahn gibt oder dass sie das mit dem Fahrrad erledigen können. Ich weiß nicht, wo Sie leben. Aber ich sehe das total anders. Ich habe sehr gute Beziehungen zu Müttern, die ihre Kinder täglich fahren.

Ich komme auf den Gesetzentwurf zu sprechen. Es ist natürlich ein interessanter Gesetzentwurf, der unter Rot-Grün plötzlich wieder das Licht des Landtages erblickt. Diesmal soll den Kommunen Planungssicherheit gegeben werden, die durch die bis 2019 zur Verfügung stehenden Bundesmittel aufgrund des sogenannten Entflechtungsgesetzes explizit für den Verkehrsbereich gegeben ist. Nun gut, ich kann verstehen, dass viele dieser Landesregierung misstrauischer gegenüberstehen als der früheren Landesregierung. Ich kann das gut nachvollziehen.

Ich empfinde es jedoch als Eigentor, wenn diese Mittel nicht mehr durch ein Haushaltsbegleitgesetz, eine Verordnung oder - noch einfacher - ein klares Anschreiben aus dem Ministerium garantiert werden können. Es bedarf doch eigentlich nur eines Beschlusses des Landtages, um die Mittel

Gabriela König MdL, Entwurf eines Gesetzes über Zuwendungen des Landes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (Niedersächsisches Gemeindeverkehrsfinanzierungs-gesetz - NdsGVFG), Rede vom 30. Oktober 2013, 19. Sitzung, Tagesordnungspunkt 7, Erste Beratung

zweckgebunden und in der erforderlichen Höhe zur Verfügung zu stellen. Von daher kann ich nicht nachvollziehen, dass bei einem solchen Misstrauen gegenüber der eigenen Landesregierung ein Gesetz der bessere Weg ist.

Ich würde den Gesetzentwurf heute eigentlich gerne befürworten; denn ich teile dieses Misstrauen durchaus. Leider enthält der Gesetzentwurf, bezogen auf das Verhältnis von Schiene bzw. ÖPNV und Straße, wieder das Verhältnis von 60:40. Genau das sehe ich als Problem an. Es ist kaum möglich, dieses Gesetz zu unterstützen, wenn ich mir vor Augen führe, was im Moment bei uns auf den Straßen los ist und was uns noch alles erwartet. Sie wollen schlicht und ergreifend die Schiene bzw. den ÖPNV stärken. Wenn ich mir vergegenwärtige, dass ich heute schon zahlreiche Anfragen von Bürgern bekomme, die wissen wollen, warum der Niedersachsentarif so teuer geworden ist, und mir vorstelle, dass immer mehr Züge in Zukunft Unterstützung benötigen werden, dann weiß ich nicht, wohin das Ganze noch führen soll. Die Bürger werden sich in Zukunft noch stärker darüber beschweren, dass sie diese Preise nichtmehr zahlen können.

(Beifall bei der FDP)

Am Ende der Beratung erfolgte eine Ausschussüberweisung

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Damit schließen wir den ersten Beratungsdurchgang ab und kommen wir zur Ausschussüberweisung.

Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen, mit diesem Gesetzentwurf federführend den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zu befassen, mitberatend die Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen, den Ausschuss für Inneres und Sport und den Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um Ihr Handzeichen. - Vielen Dank, das ist ausreichend unterstützt. Damit ist die Ausschussüberweisung beschlossen.